

Themenschwerpunkt

„Freiheit, Sicherheit und Deeskalation – Liberalismus
und Kalter Krieg 1970–1990“

Libérale Entspannungspolitik als Teil der Weltgeschichte des Kalten Krieges

Die Kuba-Krise 1962 hatte im Kalten Krieg auf allen Seiten der beteiligten Mächte das Bewusstsein geschärft, sich auf einem gefährlichen Grat, ja möglicherweise sogar am atomaren Abgrund zu bewegen. Die Einrichtung eines „roten Telefons“ zwischen Washington und Moskau – diese Hotline war in Wirklichkeit allerdings ein Fernschreiber – symbolisierte diese signifikant veränderte Wahrnehmung des Konflikts. Die Vorstellung, eine neue, auf dem Prinzip des Gleichgewichts der Kräfte basierende weltweite Friedensordnung durch „Entspannung“ zu errichten, beruhte auf der Überzeugung, dass die Rivalität der antagonistischen Großmächte zwar nicht aufgehoben werden konnte, aber auf die Basis der Berechenbarkeit zurückgeführt werden musste. Auf deutscher Seite wurde immer häufiger über die Notwendigkeit einer „Entspannung“ gesprochen, die im angloamerikanischen und französischen Sprachgebrauch als „Détente“ bezeichnet wurde. Im Folgenden werden zunächst die globalen Voraussetzungen und Folgen der Entspannungspolitik – und ihres Niedergangs – skizziert, bevor sich der Blick auf das deutsch-deutsche Sonderverhältnis richtet und vor diesem Hintergrund schließlich die Politik der FDP vor allem unter den Aspekten Sicherheit und Menschenrechte analysiert wird.

In den USA als westlicher Blockführungsmacht hatte in den 1960er Jahren die Annahme an Zuspruch gewonnen, man könne die Sowjetunion – ganz anders als George F. Kennan dies in seiner Containment-Theorie entwickelt hatte – langfristig von den Vorteilen einer „behaviour modification“ überzeugen.¹ Bisweilen wurde, vor allem im westlichen Europa, sogar auf eine „Konvergenz“ der Systeme gehofft. Was aber genau unter dieser erhofften Verringerung der Spannung verstanden werden sollte, war zeitgenössisch nicht klar – und diese Uneinigkeit besteht bis heute fort, weil eine allgemein akzeptierte Definition von „Détente“ fehlt. Als gemeinhin akzeptabel gilt, sie zu verstehen als „the process of easing of tension between states whose

1 John Lewis Gaddis: *Strategies of Containment. A Critical Appraisal of American National Security Policy during the Cold War. Revised and Expanded Edition.* Oxford/New York 2005, S. 311; ders.: *The Long Peace. Inquiries into the History of the Cold War.* Oxford 1987; ders.: *We Now Know: Rethinking Cold War History.* Oxford 1998.

interests are so radically divergent that reconciliation is inherently limited“.² Ganz ähnlich ist sie als Zeitraum charakterisiert worden, in dem die Kontrahenten „a reduction of tensions“ erreichen und doch „primarily adversaries“³ bleiben: „La détente est aussi un combat“, hat der französische Historiker Georges-Henri Soutou diesen nur scheinbar widersprüchlichen Umstand treffend charakterisiert.⁴ Wie zur Bestätigung dieser Beobachtung ist in einer neueren „Weltgeschichte“ des Kalten Krieges der „Détente“ gar kein eigenes Kapitel mehr gewidmet, dafür beschäftigt sich jedoch ein eigener Abschnitt mit der „Abkehr von der Entspannung“.⁵

Aus der Warte der UdSSR gab die Détente Hoffnung, vom Westen als gleichgewichtiger Gegner akzeptiert zu werden: Sie verringerte die Gefahr eines selbstmörderischen Atomkriegs, sie stellte wirtschaftliche und technologische Fortschritte in Aussicht und, last but not least, erforderte sie keineswegs den Verzicht auf den ideologischen Wettkampf der Systeme.⁶ Die Sowjetunion wandte sich daher kategorisch gegen jede Form der Détente, die ihre Herrschaft in Ostmitteleuropa gefährdete und ihren Anspruch auf außer-europäische Expansion eingeschränkt hätte. Unter dieser Perspektive ging die sowjetische Entspannungsrhetorik mit dem systematischen Ausbau der militärischen Potenz einher, um à la longue eine Verbesserung des globalen Gleichgewichts zu Gunsten des Warschauer Pakts zu erreichen.⁷ Die Sowjetunion war an ihrer äußeren und inneren Konsolidierung interessiert, nicht jedoch an einer grundsätzlichen Annäherung der Blöcke bzw. einer Aufhebung des ideologischen Gegensatzes, weil dies ihr Satellitensystem unweigerlich gesprengt hätte. Seit den 1970er Jahren befand sich die Sowjetunion, obwohl

- 2 Richard Stevenson: *The Rise and Fall of Détente: Relaxations of Tensions in US-Soviet Relations, 1953–1984*. Houndsmill 1985, S. 11. Ähnlich Werner Link, der Entspannungspolitik als „Mischung aus kooperativ-integrativen und konfrontativ-regressiven Elementen der Konfliktregulierung“ definiert. Werner Link: *Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert*. 2. Aufl. Stuttgart u.a. 1988, S. 201.
- 3 Glenn H. Snyder: *Alliance Politics*. Ithaca/London 1997, S. 11. Vgl. auch Keith L. Nelson: *The Making of Détente. Soviet-American Relations in the Shadow of Vietnam*. Baltimore/London 1995, bes. S. XIII–XVIII; Daniel Frei (Hrsg.): *Definitions and Measurements of Détente: East and West Perspectives*. Cambridge (Mass.) 1981. Vgl. auch Raymond Garthoff: *Détente and Confrontation: American-Soviet Relations from Nixon to Reagan*. Revised and Expanded Edition. Oxford/New York 2005.
- 4 Georges-Henri Soutou: *La Guerre de Cinquante Ans. Le conflit Est-Ouest 1943–1990*. Paris 2001, S. 549.
- 5 Odd Arne Westad: *Der Kalte Krieg. Eine Weltgeschichte*. Stuttgart 2019, S. 529–557.
- 6 Zur ideologischen Komponente im Kalten Krieg ders.: *The New International History of the Cold War. Three (Possible) Paradigms*. In: *Diplomatic History* 24 (2000), S. 551–565, bes. S. 552–556.
- 7 Vladislav M. Zubok, *A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev*. Chapel Hill 2007; Michael B. Froman: *The Development of the Idea of Détente: Coming to Terms*. London 1991; Richard Davy (Hrsg.): *European Détente: A Reappraisal*. London 1992; John van Oudenaren: *Détente in Europe. The Soviet Union and the West since 1953*. Durham (NC)/London 1991.

wirtschaftlich gegenüber dem Westen in einem immer dramatischeren Rückstand, auf einem außenpolitischen Triumphzug, den sie durch eine als notwendig erachtete Aufrüstung abzusichern suchte.

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die im Juli/ August 1975 in Helsinki unter Beteiligung der beiden außereuropäischen Mächte USA und Kanada stattfand,⁸ fußte ursprünglich auf sowjetischen Ideen. Die Abrüstungskonferenz sollte nämlich den Status quo in Europa im kommunistischen Sinn zementieren. Die UdSSR war im KSZE-Prozess auf „Unbeweglichkeit und Bewahrung“⁹ festgelegt, akzeptierte aber die im Korb III der Konferenz festgeschriebene Zusammenarbeit im humanitären Bereich, weil man optimistisch annahm, Herr im eigenen Haus zu bleiben und dieses Risiko eingehen zu können.¹⁰ Gerade wegen des Entspannungsprozesses und der offenkundigen Schwächung der USA nach dem Vietnamkrieg nahm sie optimistisch gestimmt an, dass sich das relative Machtverhältnis der beiden Großmächte entscheidend zugunsten der vermeintlich „progressiven“ Kräfte verschoben hatte, während die USA und ihre Verbündeten durch ambivalente Initiativen und Interventionen gegenzusteuern versuchten.

Die konstante westeuropäische Sorge vor einer „Abkoppelung“ der USA bestimmte die Rüstungsverhandlungen, die als „Strategic Arms Limitation Talks“ (SALT) seit 1969 geführt wurden. Die Beziehungen zwischen den beiden Supermächten verschlechterten sich allerdings am Ende der 1970er Jahre rapide. Die Unterzeichnung des SALT II-Vertrages in Wien im Juni 1979 führte nicht zu einem Ende des Wettrüstens. Die Enttäuschung über die sich nicht in ihrem Sinn entwickelnde Détente und der NATO-Doppelschluss verführten die Sowjetunion 1979 dazu, in Afghanistan zu intervenieren.¹¹ Der sowjetische Einmarsch beschleunigte wiederum den sich bereits abzeichnenden Kurswechsel des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter, der in seinem Missionseifer nun „Menschenrechtskreuzzüge“¹² führte und die Sowjets damit vor den Kopf stieß – eine Kehrtwende, die in seiner Bedeutung den wenig später stattfindenden Übergang zu seinem Nachfolger Ro-

8 Matthias Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess 1975–1983. Die Umkehrung der Diplomatie. München/Boston 2015; ders.: Sicherheit und Entspannung. Die KSZE-Politik der Bundesregierung in den Krisenjahren 1978–1981. In: Ders./Hermann Wentker (Hrsg.): Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990. München 2012, S. 59–81.

9 Peter Graf Kielmansegg: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland. Berlin 2000, S. 221.

10 Zubok: Empire (wie Anm. 7), S. 237.

11 Odd Arne Westad: The Road to Kabul. Soviet Policy on Afghanistan, 1978–1979. In: Ders. (Hrsg.): The Fall of Détente: Soviet-American Relations during the Carter Years. Oslo 1997.

12 Jonathan Haslam: The Soviet Union and the Politics of Nuclear Weapons, 1967–87. The Problem of the SS-20. Houndsmills 1989, S. 58–88, hier S. 79.

nald Reagan noch in den Schatten stellte.¹³ Die frühen 1980er Jahre markierten daher die „most dangerous [period]“¹⁴ der Beziehungen zwischen den beiden Blockführungsmächten seit der Kubakrise. Deren Détente „was already dead on its tracks“,¹⁵ während in Europa noch verzweifelte – und aussichtslose – Lebensrettungsversuche unternommen wurden. Nachdem die Sowjets die Genfer Gespräche über Mittelstreckenraketen und wenig später auch die START-Verhandlungen über Langstreckenwaffen verlassen hatten, war die Reaktion Reagans nüchtern-sarkastisch: „They’d left the ballpark, but I didn’t think the game was over“; aus dieser Position der Stärke folgten kurz darauf Kooperationsangebote an die UdSSR, die sich schon bald als fruchtbar erwiesen.¹⁶

I. Der globale Kalte Krieg in der Dritten Welt und das Ende der Détente

In der bipolaren Welt der Supermächte USA und UdSSR hatten sich nach 1945 neue Strukturen ausgebildet: Neben die „Erste Welt“ der Industriestaaten und die unter sowjetischer Vorherrschaft stehende „Zweite Welt“ war eine „Dritte Welt“ getreten, die sich zunehmend Gehör verschaffte und dem keineswegs neuen Phänomen der Globalisierung eine weitergefasste Bedeutung verlieh.¹⁷ Washington und Moskau blieben zwar die eigentlichen militärisch-strategischen Bezugspunkte im Ost-West-Konflikt, aber die jeweiligen

- 13 Gaddis Smith: The SS-20 Challenge and Opportunity. The Dual-Track Decision and its Consequences, 1977–1983. In: Lawrence S. Kaplan (Hrsg.): American Historians and the Atlantic Alliance. Kent/London 1991 S. 116–134, hier S. 126.
- 14 Gaddis: Strategies (wie Anm. 1), S. 357; ders.: On Starting All Over Again: A Naïve Approach to the Study of the Cold War. In: Odd Arne Westad (Hrsg.): Reviewing the Cold War. Approaches, Interpretations, Theory. London 2000, S. 27–42; Tony Smith: New Bottles for New Wine: A Pericentric Framework for the Study of the Cold War. In: Diplomatic History 24 (2000), S. 567–591.
- 15 Jussi Hanhimäki: Ironies and Turning Points. Détente in Perspective. In: Westad (Hrsg.): Reviewing (wie Anm. 14), S. 326–342, hier S. 333.
- 16 Das Zitat bei Ronald Reagan: An American Life. The Autobiography. New York 1990, S. 586. Vgl. die Beiträge in Bradley Lynn Coleman/Kyle Longley (Hrsg.): Reagan and the World. Leadership and National Security, 1981–1989. Lexington 2017 sowie Douglas E. Streusand u.a. (Hrsg.): The Grand Strategy that Won the Cold War. Architects of Triumph. Lanham 2016. Zu Reagans bemerkenswertem Kurswechsel bereits Beth A. Fischer: The Reagan Reversal. Foreign Policy and the End of the Cold War. Columbia/London 1997.
- 17 Kevin H. O’Rourke/Jeffrey G. Williamson: Globalization and History. The Evolution of a Nineteenth-Century Atlantic Economy. Cambridge/London 2000; Harold James: The End of Globalization: Lessons from the Great Depression. Cambridge/London 2001³; Christopher A. Baily, The Birth of the Modern World 1780–1914. Global Connections and Comparisons. Oxford 2004; Roger E. Kanet: The Superpower Quest for Empire. The Cold War and Soviet Support for „Wars of National Liberation“. In: Cold War History 6 (2006), S. 331–352, hier S. 337; Lena Dallywater u.a. (Hrsg.): Southern African Liberation Movements and the Global Cold War „East“. Transnational Activism 1960–1990. Berlin 2019;

Verbündeten in der südlichen Hemisphäre erhielten einen merklich größeren Stellenwert, weil sie als soziale Erfolgsprojekte für die universelle Anwendbarkeit der jeweiligen Weltanschauung präsentiert wurden.¹⁸ Die Klienten-Staaten profitierten vom bipolaren System: „If one's enemies were supported by one superpower, there was always the chance of getting aid from the other.“¹⁹ Die oftmals ethnisch konnotierten Konflikte in der „Dritten Welt“ waren daher kompliziertere Vorgänge als reine „Stellvertreterkriege“.²⁰ Die widersprüchlichen Transformationsprozesse brachten für die ehemaligen Kolonien zugleich neue Freiheiten und Herausforderungen mit sich; das Ergebnis ist von einem der besten Kenner der Vorgänge sarkastisch als „Fortsetzung des Kolonialismus mit leicht modifizierten Mitteln“²¹ bezeichnet worden, in dem die Grenzen von Einfluss- und Machtbereichen der Supermächte nicht immer deutlich auszumachen waren.

In den 1970er Jahren dehnte die Sowjetunion, bisweilen über ihre Satellitenstaaten, ihren Einfluss in die südliche Hemisphäre aus. Auch das SED-Regime verlagerte die Systemauseinandersetzung – ihrer Blockführungsmacht bisweilen sogar vorausseilend – immer stärker in die Peripherie, wo die DDR unter dem Schlagwort der „antiimperialistischen Solidarität“ mit Westdeutschland konkurrierte.²² Der Kalte Krieg wurde zwar nicht in der „Dritten Welt“ entschieden, aber das Scheitern der Détente hing eng mit der ungehemmten Fortsetzung der Konflikte an der Peripherie zusammen.²³ Un-

vgl. die Beiträge in Sue Onslow (Hrsg.): *Cold War in Southern Africa. White Power, Black Liberation*. London 2009; Bernd Greiner u.a. (Hrsg.): *Heiße Kriege im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg*. Hamburg 2006.

18 Westad: *International History* (wie Anm. 6), S. 561.

19 Odd Arne Westad: *The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times*. Cambridge 2005, S. 89.

20 William I. Robinson: *Promoting Polyarchy. Globalization, US Intervention, and Hegemony*. Cambridge 1996, bes. S. 155–163; Daniela Spenser: *Standing Conventional History on Its Head*. In: Gilbert M. Joseph/Dies.: *In from the Cold. Latin America's New Encounter with the Cold War*. Durham 2008. S. 382–395, hier S. 384; Sönke Kunkel: *Zwischen Globalisierung, internationalen Organisationen und „global governance“*. Eine kurze Geschichte des Nord-Süd-Konflikts in den 1960er und 1970er Jahren. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 60 (2012), S. 555–577; Guiliano Garavini: *After Empires. European Integration, Decolonization, and the Challenges from the Global South 1957–1986*. Oxford 2012; Martin Deuerlein: *Das Zeitalter der Interdependenz. Globales Denken und internationale Politik in den langen 1970er Jahren*. Göttingen 2020; Jürgen Dinkel/Steffen Fiebrig/Frank Reicherzer (Hrsg.): *Nord/Süd. Perspektiven auf eine globale Konstellation*. Berlin/Boston 2020.

21 Odd Arne Westad: *Cold War* (wie Anm. 19), S. 396. Vgl. C. J. Bartlett: *The Global Conflict. The International Rivalry of the Great Powers, 1880–1990*. 2. Aufl. Harlow/London 1994, S. 355 ff.

22 Agnes Bresselau von Bressendorf: *Fortschritt und Entwicklung. Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt seit den 1960er Jahren*. In: Elke Seefried/Dierk Hoffmann (Hrsg.): *Plan und Planung. Deutsch-deutsche Vorgriffe auf die Zukunft*. Berlin/Boston 2018, S. 131–148.

23 John Lewis Gaddis: *The Cold War. A New History*. New York 2005, S. 211.

abhängig von den Geschehnissen in Europa überbürdete sich die Sowjetunion in ihren marxistischen Klienten-Staaten im Kampf gegen ihre ideologischen Gegner. Der harte Konkurrenzkampf mit der wirtschaftlich überlegenen Bundesrepublik war für die kapitalschwache DDR in Afrika, wo sie sich hauptsächlich engagierte, nicht zu gewinnen. Die Hoffnung, die „Solidarität“ und der Export des Sozialismus in die Länder der „Dritten Welt“ werde einen Beitrag zum Sieg des Weltkommunismus leisten, brach zusammen: Die dortigen vielschichtigen Probleme ließen sich nicht allein durch Kapitalismus und vermeintlichen „Neokolonialismus“ erklären; sie ließen sich auch nicht lösen, weil das marode planwirtschaftliche „realsozialistische“ System nicht in der Lage war, ein dauerhaft attraktives Gegenmodell aufzubauen.

Für die DDR war die Détente nicht viel mehr als ein Waffenstillstand auf dem Weg zum Sieg des Sozialismus. Die spezifische Stellung der DDR zur Bundesrepublik bedingte eine besondere Legitimationsproblematik, die anderen Staaten im sowjetischen Rayon fremd war. Daher bedurfte die DDR, wie schon zeitgenössisch betont wurde, „in politischer wie in moralischer Hinsicht dringend des Rückhalts im ‚sozialistischen Bruderbund‘ und der nationalen wie gesellschaftlichen ‚Abgrenzung‘“ gegenüber der Bundesrepublik²⁴ – und zwar gerade in Zeiten, in denen die Blockkonfrontation nachzulassen schien. Die DDR hatte einen wesentlichen Meilenstein ihrer Détente-Politik mit der wechselseitigen Einrichtung von Ständigen Vertretungen im Mai 1974 in Bonn und Ost-Berlin erreicht. Das SED-Regime war fortan vor allem an der äußeren und inneren Konsolidierung interessiert, während eine weitergehende Entspannung sogar als kontraproduktiv erachtet wurde. Das SED-Regime unterschied scharf „between desirable political detente and undesirable ideological coexistence“.²⁵ Im Einklang mit der sowjetischen Führung galt die Überzeugung, dass eine Aufhebung des ideologischen Gegensatzes im Ost-West-Konflikt das sowjetische Satellitensystem unweigerlich sprengen würde. „Blockdisziplin“ musste der DDR daher nicht abgerungen werden. Unter Erich Honecker wurde die Abgrenzung zur Bundesrepublik vielmehr zu einem politischen „Naturgesetz“ (Peter Bender).

24 Fred Oldenburg/Gerhard Wettig: Der Sonderstatus der DDR in den europäischen Ost-West-Beziehungen. Köln 1979, S. II.

25 Hans-Hendrik Kasper: An East German View. In: Davy (Hrsg.): European Détente (wie Anm. 7), S. 145–165, hier S. 149.

II. Die FDP, die Détente und das Ende der Entspannung

Die Weltpolitik und der Kalte Krieg bestimmten den Handlungsrahmen des Bonner Teilstaates und engten ihn, der sich selbst noch als Provisorium bezeichnete, außenpolitisch ein. Mit dem Übergang von der „massive retaliation“ zur „flexible response“ wurde das Ende der Hallstein-Doktrin eingeläutet. Sie wurde über Bord geworfen, als die Détente die Bundesrepublik wegen ihres nur zögerlichen Folgens der Entspannungseuphorie in die Isolation zu manövrieren drohte.²⁶ In vielerlei Hinsicht war dies die Stunde der Liberalen. Mit ihrer Betonung von Individualismus, freier Marktwirtschaft und universellen Menschenrechten waren sie durch Traditionen und gemeinsame Wertvorstellungen außenpolitisch auf „moralische und wertmäßige Kontexte“ angewiesen.²⁷ Aber nach 1945 hatten sich die Anhänger des Liberalismus nicht „besonders nachhaltig und richtungsgebend“ an den theoretischen Grundsatzdebatten über das Verhältnis von Freiheit und Macht beteiligt²⁸ und nur selten programmatisch damit auseinandergesetzt, was unter „liberaler Außenpolitik“, nämlich dem „rationalen und maßvollen Umgang mit der Macht“,²⁹ eigentlich konkret zu verstehen war. In den 1960er Jahren wurden Freiheit, Sicherheit und Deeskalation jedoch liberale Schlüsselworte im Kalten Krieg, der durch Aspekte der Moral zunehmend aufgeladen wurde.³⁰ In der schwierigen Zeit der Opposition hatte sich die FDP um eine neue Stand-

- 26 Werner Link: Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt 1969–1974. In: Karl Dietrich Bracher u.a. (Hrsg.): *Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt*. Stuttgart 1986, S. 161–282; William Glenn Gray: *Germany's Cold War. The Global Campaign to Isolate East Germany, 1949–1969*. Chapel Hill/London 2003; Klaus Weber: *Die Konjunktur der Linksliberalen 1966–1970 – das Beispiel Ralf Dahrendorf*. In: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 20 (2008), S. 153–172; Andreas Kramer: *Die FDP und die äußere Sicherheit. Zum Wandel der sicherheitspolitischen Konzeption der Partei von 1966 bis 1982*. Bonn 1995; Mathias Siekmeier: *Restauration oder Reform? Die FDP in den sechziger Jahren – Deutschland- und Ostpolitik zwischen Wiedervereinigung und Entspannung*. Köln 1998, S. 379; Werner Link: *Die Entstehung des Moskauer Vertrages im Lichte neuer Archivalien*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 49 (2001), S. 295–315; Andreas Rödder: *Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990*. München 2004, S. 135; Julia von Dannenberg: *The Foundations of Ostpolitik. The Making of the Moscow Treaty between West Germany and the USSR*. Oxford/New York 2008, S. 131–259.
- 27 Hans Vorländer: *Der ambivalente Liberalismus oder: Was hält die liberale Demokratie zusammen*. In: *Zeitschrift für Politik* 42 (1995), S. 250–267, hier S. 253.
- 28 Lothar Gall: *Liberalismus und auswärtige Politik*. In: Klaus Hildebrand/Reiner Pommerin (Hrsg.): *Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für Andreas Hillgruber zum 60. Geburtstag*. Köln/Wien 1985, S. 31–46, hier S. 46.
- 29 Hans-Dieter Heumann: *Genscher, ein „liberaler“ Außenpolitiker?* In: Hans-Dieter Lucas (Hrsg.): *Genscher, Deutschland und Europa*. Baden-Baden 2002, S. 413–432, hier S. 415.
- 30 Phillip Rock: *Macht, Märkte und Moral. Zur Rolle der Menschenrechte in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den sechziger und siebziger Jahren*. Frankfurt am Main u.a. 2010; Jan Eckel: *Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern*. Göttingen 2014; Eckart Conze: *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von der Gegenwart bis zu den Anfängen*.

ortbestimmung bemüht.³¹ Die europäische Sicherheitsstruktur wurde nun stärker als zuvor Teil des außenpolitischen Wertekanons der FDP. Überlegungen, die von Thomas Dehler, Hans-Wolfgang Rubin und Wolfgang Schollwer – gleichsam der „Egon Bahr der FDP“³² – vorgezeichnet wurden, führten die Partei, durchaus nicht ohne Widerspruch, zu einer Annäherung an das Modell Entspannungspolitik heran.³³ Eine Annäherung an die disparaten Ziele der Zukunfts- und Friedensforschung erfolgte nicht zuletzt durch Initiativen und Beiträge von Peter Menke-Glückert, der die Abrüstung zu einem seiner Kernthemen machte und dessen „liberale Handschrift“ vor allem in seiner Überzeugung zu erkennen war, „dass der Mensch und mündige Bürger die Irrationalität des Krieges begreifen werde“.³⁴ Ähnliche Fragen der technisch-wissenschaftlichen und interkulturellen Zusammenarbeit wurden über die ideologischen Gräben hinweg von linksliberalen Protagonisten wie Hildegard Hamm-Brücher, Ralf Dahrendorf, Werner Maihofer und Karl-Hermann Flach stark gemacht, deren Handschrift sich in den Freiburger Thesen von 1971 wiederfand. Die „Neue Ostpolitik“ der sozialliberalen Regierung wurde aber bei manchen Bündnispartnern mit einem gewissen Misstrauen verfolgt, als beispielsweise Außenminister Walter Scheel darauf verwies, Bonn werde auf einen „Zustand des Friedens in Europa“ hinwirken, „in dem das deutsche Volke in freier Selbstbestimmung seine Einheit“ wie-

München 2009; ders.: Geschichte der Sicherheit. Entwicklung, Themen, Perspektiven. Göttingen 2018.

- 31 Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart. München 1999, S. 471. Vgl. auch Siekmeier: Restauration oder Reform? (wie Anm. 26); Klaus Hildebrand: Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969. Wiesbaden 1984, S. 280.
- 32 Siekmeier: Restauration oder Reformation? (wie Anm. 26), S. 103.
- 33 Wolfgang Schollwer: Verklammerung und Wiedervereinigung. Denkschrift zur Deutschen Frage. Gedankenskizze für den Vorstand der FDP-Bundestagsfraktion, März/April 1962. In: Wolfgang Benz u.a. (Hrsg.): Einheit der Nation. Diskussionen und Konzeptionen zur Deutschlandpolitik der großen Parteien seit 1945. Stuttgart-Bad Cannstadt 1978, S. 185–204. Vgl. hierzu Volker Erhard: Die Schollwer-Papiere 1962 und 1967 – Meilensteine auf dem Weg der FDP zur Neuen Ostpolitik. In: Reinhard Hübsch/Jürgen Frölich (Hrsg.): Deutsch-deutscher Liberalismus im Kalten Krieg. Zur Deutschlandpolitik der Liberalen 1945–1970. Potsdam 1997, S. 237–251. Daneben auch Jürgen Frölich (Hrsg.): Wolfgang Schollwer: „Da gibt es in der FDP noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten...“ Aufzeichnungen aus der FDP-Bundesgeschäftsstelle 1966–1970. Bremen 2007 sowie von Dannenberg: Foundations (wie Anm. 26), S. 132–136; Volker Erhard: Copilot im Höhenflug – Erich Mendes Begegnung mit John F. Kennedy vom 19. März 1962. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 11 (1999), S. 168–180, bes. S. 177. Vgl. Erich Mende: Von Wende zu Wende. Zeuge der Zeit 1962–1982. Bergisch Gladbach 1988, S. 120 f. sowie Udo Wengst: Thomas Dehler 1897–1967. Eine politische Biographie. München 1997, S. 344; Siekmeier: Restauration oder Reformation? (wie Anm. 26), S. 348 f.
- 34 Elke Seefried: Liberale Friedensforschung. Peter Menke-Glückert, die FDP und der Wandel des Friedensbegriffs im Kalten Krieg. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 31 (2019), S. 227–263, hier S. 244.

dererlangen werde.³⁵ Scheels Nachfolger als Außenminister Hans-Dietrich Genscher blieb nicht verborgen, dass die westdeutsche Spielart der Entspannungspolitik in Washington, aber auch in den Hauptstädten Westeuropas tief-sitzende Ängste und Bedenken vor einem deutschen Rückfall in Neutralismus oder Nationalismus hervorrief.³⁶ Als Henry Kissinger den neuen Außenminister 1974 das erste Mal traf, hatte er den Eindruck, dieser sei „mit außenpolitischen Fragen, um es einmal zurückhaltend zu formulieren, nicht sonderlich vertraut“.³⁷ Dieses Misstrauen wich schnell, denn Genscher forderte schon im November 1975 angesichts der sowjetischen Expansion eine realistischere Entspannungspolitik, die sich „ihrer Grenzen stets bewusst sein müsse und nur auf Basis einer durch feste Verankerung in die NATO gewährleisteten Sicherheitsarchitektur möglich sei“.³⁸ In den folgenden Jahren hielt Genscher diese Linie konsequent bei, während beim Koalitionspartner SPD die Bereitschaft wuchs, der Sowjetunion entgegenzukommen. Auf dem Dreikönigstreffen 1977 erklärte Genscher einem solchen Denken eine Absage. Man dürfe sich „nicht der Illusion hingeben, Vorleistungen im Bereich der Abrüstungen seien ein Mittel der Friedenssicherung“.³⁹

Entwicklungshilfe, zunächst ein eher paternalistisches Projekt, war in den 1960er Jahren unter FDP-Einfluss zu einem Werkzeug der westdeutschen „Ostpolitik“ geworden.⁴⁰ Angesichts der zunehmenden Fragen nach einer „Weltinnenpolitik“ und der durch die 1968er-Bewegung immer stärker in Frage gestellten entwicklungspolitischen Leitlinien fand sich die FDP mit der schwierigen Frage konfrontiert, ob man Handel mit ideologisch nahestehenden Staaten der „Dritten Welt“ treiben dürfe, selbst wenn sich diese nicht menschenrechtskonform verhielten. Die „fromme Annahme“ lautete, dass

35 Vgl. hierzu Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. 1982–1990, München 2006.

36 Aufzeichnung von Lucet über ein Gespräch mit Kissinger am 7. August 1970, zitiert nach Gottfried Niedhart/Oliver Bange: Die „Relikte der Nachkriegszeit“ beseitigen. Ostpolitik in der zweiten außenpolitischen Formationsphase der Bundesrepublik Deutschland im Übergang von den Sechziger- zu den Siebzigerjahren. In: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 333, Anm. 150.

37 Henry Kissinger: Hans-Dietrich Genscher und die Optionen deutscher Außenpolitik. In: Klaus Kinkel (Hrsg.): In der Verantwortung. Hans-Dietrich Genscher zum Siebzigsten. Berlin 1997, S. 216–221, hier S. 219.

38 Jan Alberding: Von den „Freiburger Thesen“ zum „Lambsdorff-Papier“. Die Transformation der FDP in der sozial-liberalen Koalition. Marburg 2018, S. 292. Vgl. Eckart Conze: Das Geheimnis des „Genscherismus“. Genese, Möglichkeiten und Grenzen eines außenpolitischen Konzepts. In: Kerstin Brauckhoff/Irmgard Schwaetzer (Hrsg.): Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik. Wiesbaden 2015, S. 67–83.

39 Zitiert nach Alberding: „Freiburger Thesen“ (wie Anm. 38), S. 293.

40 Bastian Hein: Die Westdeutschen und die Dritte Welt. Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienste zwischen Reform und Revolte 1959–1974. München 2006; Christian Jetzlsperger: Die Emanzipation der Entwicklungspolitik von der Hallstein-Doktrin. Die Krise der deutschen Nahost-Politik von 1965, die Entwicklungspolitik und der Ost-West-Konflikt. In: Historisches Jahrbuch 121 (2001), S. 320–366, hier S. 356 f.

steter Handel unweigerlich zu einer Liberalisierung führen würde. Aber es stellte sich auch die Frage, ob es sinnvoll oder gar notwendig war, antiwestliche Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“ humanitär, finanziell oder gar militärisch zu unterstützen bzw. Menschenrechtsverletzungen anzuprangern und zu sanktionieren? Eine echte Alternative zur Maxime einer strikten Trennung von Wirtschaft und Politik ließ sich unter den Bedingungen des Kalten Krieges nicht entwickeln. Bonn setzte darauf, dass steter Handel auch mehr Freiheit bringen werde. Genschers späterer Staatssekretär Günther van Well umriss das Problem 1973 damit, dass man „weiterhin mit dem für unsere Afrika-Politik typischen Dilemma leben“ müsse.⁴¹

Im „roten Jahrzehnt“ (Gerd Koenen) hatte die FDP als Partner in der sozialliberalen Koalition die Aufgaben einer „Korrektivpartei“ zum linken Flügel der SPD.⁴² Gegen die Visionen einer Konvergenz der Blöcke, gegen die romantisch-utopistischen Vorstellungen eines die Blockbildung weitgehend auflösenden „Wandels durch Annäherung“ war Détente in liberaler Tönung auch ein Mittel zum Zweck, in letzter Konsequenz sogar die Fortsetzung des Kalten Krieges mit anderen Mitteln.⁴³ Generalsekretär Karl-Hermann Flach sprach auf dem Freiburger Bundesparteitag der FDP im Oktober 1971 von den „Grenzen und Gefahren bei der Verwirklichung großer Utopien“ und der Notwendigkeit, über „die ideologische Verschleierung der bestehenden Machtverhältnisse aufzuklären“. Man habe „auch gegenüber bestimmten Kräften in der SPD ein Wächteramt“.⁴⁴ Diese Signale wurden allerdings im Lauf des Jahrzehntes immer schwächer, zumal die SPD krampfhaft an ihren Illusionen einer östlich-westlichen Sicherheitspartnerschaft festhielt⁴⁵ und in fataler Abhängigkeit von ihren Spannungs-Prämissen dem „Schein des

41 Zitiert nach Ridder in diesem Band, S. 33.

42 Peter Lösche/Franz Walter: Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel. Darmstadt 1996, S. 95.

43 Vgl. Siekmeier: Restauration oder Reform? (wie Anm. 26), S. 363.

44 Karl-Hermann Flach: Die Zukunft der Liberalen. In: Walter Scheel/Otto Graf Lambsdorff (Hrsg.): Freiheit in Verantwortung – deutscher Liberalismus seit 1945. Geschichte, Personen, Perspektiven. Gerlingen 1998, S. 103–113, hier S. 110.

45 Frank Fischer: „Im deutschen Interesse.“ Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989. Husum 2001; Jan Hansen: Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977–1987). Berlin/Boston 2016; Klaus Wiegrefe: Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Berlin 2005, S. 175–180; Helga Haftendorn: Das doppelte Missverständnis. Zur Vorgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses von 1979. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 33 (1985), S. 244–287. Vgl. Helmut Schmidt: Menschen und Mächte. Berlin 1987, S. 228.

Wandels durch Annäherung“ unterlag;⁴⁶ Die vermeintliche „Koalition der Vernunft“⁴⁷ zwischen Ost und West war eine Chimäre.

Inzwischen mussten sich die Demokratien im „War by Other Means“⁴⁸, anders als die Diktaturen Mittel- und Osteuropas, mit einer wachsenden Protestbewegung auseinandersetzen und ihre Politik bisweilen gegen einen erheblichen Teil ihrer Bevölkerung formulieren.⁴⁹ Die von Genscher akzeptierte Idee zur Entwicklung einer Neutronenbombe stieß in Teilen der Öffentlichkeit auf vehemente Ablehnung.⁵⁰ In einer kaum zu entwirrenden Gemengelage wurden pazifistische Sicherheitsüberlegungen und Menschenrechtsutopien formuliert. Zahlreiche „kritische“ Friedensforscher gaben in einer bemerkenswerten Verknüpfung der fundamentalen Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur den westlichen Konsens über die Notwendigkeit der Abschreckung auf.⁵¹ Verschiedene „Friedensinitiativen“ der DDR zeichneten zudem die Bundesrepublik als uneinsichtigen Aggressor und „Kriegstreiber“⁵² und hatten in bestimmten Milieus damit Erfolg. Die bundesdeutschen Rüstungsdebatten wurden in den USA mit Besorgnis verfolgt.⁵³ Genscher sah, wie negativ die westdeutschen Debatten in den USA aufgenommen wurden und warnte mehrfach vor einem wachsenden Antiamerikanis-

46 Martin Sabrow: Der Streit um die Verständigung. Die deutsch-deutschen Zeithistorikergespräche in den achtziger Jahren. In: Arnd Bauerkämper u.a. (Hrsg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990. Bonn 1998, S. 113–130, hier S. 130.

47 Heinrich Potthoff: Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren. München 1995.

48 Jeffrey Herf: War by Other Means. Soviet Power, West German Resistance and the Battle of the Euromissiles. New York 1991, S. 231.

49 Jeremi Suri: Power and Protest. Global Revolution and the Rise of Détente. Cambridge/London 2003, S. 212.

50 Garthoff: Détente and Confrontation (wie Anm. 3), S. 939; Wiegrefe: Das Zerwürfnis (wie Anm. 45), S. 201–206; Thomas Paes: Die Carter-Administration und die Regierung Schmidt. Konsens und Dissens über die Sowjetunion-Politik 1977–1981. Rheinfelden 1991.

51 Peter Graf Kielmansegg: Nach der Katastrophe (wie Anm. 9), S. 234 ff. Eine andere Interpretation bei Lawrence S. Wittner: Toward Nuclear Abolition. A History of the World Nuclear Disarmament Movement, 1971–Present. Stanford 2003. Vgl. Christoph Becker-Schaum (Hrsg.): „Entrüestet Euch!“ Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung. Paderborn 2012.

52 Helge Heidemeyer: NATO-Doppelbeschluss, westdeutsche Friedensbewegung und der Einfluss der DDR. In: Philipp Gassert u.a. (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. München 2011, S. 247–267, hier S. 262; Udo Baron: Die verführte Friedensbewegung. Zur heute nachweisbaren Einflussnahme von SED und MfS. In: Die politische Meinung 407 (Oktober 2003), S. 55–61; Michael Ploetz/Hans-Peter Müller: Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss. Münster 2004, S. 319–343.

53 Strobe Talbott: The Russians and Reagan. New York 1984, S. 43 f.

mus.⁵⁴ Die FDP-Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Hildegard Hamm-Brücher, intensivierte den Kulturaustausch mit den USA, um dem grassierenden Antiamerikanismus zu begegnen: „Media Diplomacy“ und „Public Diplomacy“ waren daher angesagt.⁵⁵

Einige Liberale, nicht zuletzt aus den Reihen der Jungdemokraten, hielten an ihrer rüstungspolitischen Marschroute fest, selbst als offenkundig wurde, dass die Kluft zwischen Entspannungserwartungen und außenpolitischer Realität letztlich unüberbrückbar war.⁵⁶ Zu den innerparteilichen Opponenten zählten der später als Stasi-Agent enttarnte William Borm ebenso wie Ingrid Matthäus-Maier und Uwe Ronneburger, die im Vorfeld der Bundestagswahl 1980 im eigenen Lager durchaus Zuspruch erhielten und einen Schulterchluss mit der Friedensbewegung anstrebten.

Die „Nachrüstungs“-Debatte, die bei der FDP besonders kontrovers auf dem Bundesparteitag im Mai 1981 in Köln ausgetragen wurde, fand „auf der Ebene politischer Kommunikation in einem Spiegelkabinett von Perzeptionen des anderen, Selbstinszenierungen und imaginierten Fremdwahrnehmungen“ statt.⁵⁷ Letztlich ging es, wie fast immer im Kalten Krieg, um Glaubwürdigkeit, und diese ließ sich nicht durch Zaudern, Zweifel und akademische Debatten herstellen, sondern nur durch Einigkeit in Abschreckungsfragen erreichen. Genscher, der zeitweise auch die Unterstützung des Linksliberalen Gerhart Baum hatte, empfand, wie er Reagan mitteilte, den NATO-Doppelbeschluss als Test, „ob das westliche Bündnis in der Lage“

54 Smith: The SS-20 Challenge (wie Anm. 13), S. 123; Klaus Wittmann: Genscher und der NATO-Doppelbeschluss. In: Brauckhoff/Schwaetzer (Hrsg.): Genschers Außenpolitik (wie Anm. 38), S. 141–163.

55 Agnes Bresselau von Bressendorf: Frieden durch Kommunikation. Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten Kalten Krieg 1979–1982/83. München 2015; dies.: „Media Diplomacy“ als Mittel internationaler Konfliktregulierung? Diplomatische und mediale Kommunikationsstrategien Genschers im Afghanistan-Konflikt 1979/80. In: Peter Hoeres/Anuschka Tischer (Hrsg.): Medien der Außenbeziehungen von der Antike bis zur Gegenwart. Köln/Weimar/Wien 2017, S. 69–90; Richard Kiessler: Außenpolitik als „Public Diplomacy“ – Hans-Dietrich Genscher und die Medien. In: Lucas (Hrsg.): Genscher (wie Anm. 29), S. 371–386; Agnes Bresselau von Bressendorf: Entspannung, Sicherheit, Frieden. Innerparteilicher Willensbildungsprozess und liberales Selbstverständnis der FDP im „Zweiten Kalten Krieg“. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 29 (2017), S. 23–40.

56 Andreas Rödder: Bündnissolidarität und Rüstungskontrollpolitik. Die Regierung Kohl-Genscher, der NATO-Doppelbeschluss und die Innenseite der Außenpolitik. In: Gassert u.a. (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg (wie Anm. 52), S. 123–136, hier bes. S. 130–132; vgl. Agnes Bresselau von Bressendorf: Hans-Dietrich Genscher und das Ende der Détente. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 23 (2011), S. 257–270, hier S. 268; vgl. zu den kritischen Stimmen auch Alberding: „Freiburger Thesen“ (wie Anm. 38), S. 296 ff.

57 Andreas Rödder: Sicherheitspolitik und Sozialkultur. Überlegungen zum Gegenstandsbe-
reich der Geschichtsschreibung des Politischen. In: Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas
(Hrsg.): Geschichte der Politik. Alte und neue Wege. München 2007, S. 95–125, hier
S. 101.

sein werde, „auch gegenüber starker sowjetischer Propaganda einen einmal gefassten Beschluss durchzuführen“.⁵⁸ Für ihn war die „politische Standfestigkeit der Allianz (...) bei weitem wichtiger“ als die militärische Bedeutung der Nachrüstung,⁵⁹ und hierfür wollte er, wie er erklärte, sogar einen gemeinsamen „Feldzug“ bzw. eine „gemeinsame Schlacht“ in der Öffentlichkeit führen.⁶⁰ Genscher drängte darauf, bei „jeder denkbaren Gelegenheit“ die sowjetische Überlegenheit öffentlich zu kritisieren. Allerdings dürften die Erklärungen „nicht zu technokratisch sein“, damit sie in der Öffentlichkeit verständlich seien.⁶¹

Die Positionen der FDP in der Berlin-Politik, bei den Genfer Verhandlungen über die gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstungen in Europa (MBFR) und beim NATO-Doppelbeschluss standen in einem immer deutlicheren Kontrast zur Haltung ihres Koalitionspartners SPD.⁶² Sich zu diesen Aporien jedoch nicht eindeutig zu positionieren, war die Quintessenz des sprichwörtlichen „Genscherismus“: Dieses außenpolitische Konzept wurde, je nach politischem Lager, als kluger und staatsmännischer Pragmatismus gelobt oder als rückgratloses oder machiavellistisches Machtkalkül und Lavieren gebrandmarkt⁶³ und von ihm selbst rückblickend ganz blauäugig als Wunsch bezeichnet, „sachorientiert zu entscheiden“.⁶⁴ Das Ende der SPD/FDP-Koalition 1982 vollzog sich „im Banne der Außenpolitik“⁶⁵ und

58 Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan am 9.3.1981 in Washington, 9.3.1981 (vertraulich). In: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1981, Dok. 64, S. 356.

59 Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der ACDA, Adelman, und dem Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, 14.10.1983 (vertraulich). In: AAPD 1983, Dok. 300, S. 1493.

60 Mehrere Beispiele bei Cedric Bierganns: Geistige Nachrüstung. Der NATO-Doppelbeschluss, Ronald Reagan und die Strategien der amerikanischen auswärtigen Kultur-, Bildungs- und Informationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, 1981–1987. Diss. Bonn 2019, S. 107.

61 Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Clark am 18.6.1981 in Bonn. In: AAPD 1981, Dok. 175, S. 951 f.

62 Friedhelm Boll/Jan Hansen: Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD. In: Gassert u.a. (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg (wie Anm. 52), S. 203–228, die allerdings die Doppelbeschlusskontroverse nur „randständig“ (S. 223) für den Koalitionswechsel der FDP verantwortlich machen; vgl. hingegen anders argumentierend Tim Geiger: Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss. In: Ebd., S. 95–122. Daneben auch Andreas Wirsching: Hans-Dietrich Genscher. Liberale Außenpolitik zwischen Kontinuität und Wandel. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 22 (2010), S. 67–77.

63 Emil J. Kirchner: Genscher and What Lies Behind „Genscherism“. In: West European Politics 13 (1990), S. 159–177; Werner Filmer/Heribert Schwan: Hans-Dietrich Genscher. Düsseldorf u.a. 1988, S. 415.

64 Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen. Berlin 1995, S. 456.

65 Klaus Hildebrand: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989 (1994), zitiert nach ders.: Der Flug des Ikarus. Studien zur deutschen Geschichte und internationa-

wegen des NATO-Doppelbeschlusses,⁶⁶ der, so Genscher in seinen Memoiren, „alles andere“ überdeckt habe und angesichts der sicherheitspolitischen Differenzen den eigentlichen „Scheidungsgrund“ dargestellt habe.⁶⁷ Durch die „stärkere Akzentuierung eines vertrauensbasierten Multilateralismus“ positionierte sich der Außenminister der CDU/FDP-Koalition „zwischen ostpolitischer Entspannung und westlicher Bündnissolidarität“.⁶⁸ Genscher fürchtete die „geistige Abkopplung“, wenn der Eindruck entstehen würde, dass die USA Westeuropa im Zusammenhang mit dem weltraumgestützten SDI im „Sternenkrieg“ einfach zurücklassen könnten.⁶⁹ Als Anhänger einer so verstandenen „realistischen“⁷⁰ Entspannungspolitik beurteilte er den neuen KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow anfangs noch skeptisch und vermutete, diesem gehe es um die Spaltung des westlichen Lagers, bevor er diesem seit 1986 zunehmend mehr Vertrauen entgegenbrachte.⁷¹ Im Februar 1987 forderte er vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos, auf Gorbatschow zuzugehen und ihn „beim Wort“ zu nehmen. „Eine SU, die sich öffne, sei ein besserer Partner als eine verschlossene, unbewegliche SU.“⁷² Stärker als Helmut Kohl war er von der Ernsthaftigkeit von Gorbatschows Reformpolitik überzeugt.⁷³ Der im Dezember 1987 unterzeichnete Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme stellte für ihn schließlich einen „Meilenstein“ dar: Er habe „noch nie so große Befriedigung empfunden“.⁷⁴

Das Spektrum des Entspannungskatalogs hatte sich zu diesem Zeitpunkt bereits beträchtlich erweitert. Umweltdebatten, Nachhaltigkeitsdiskurse, al-

len Politik, hrsg. von Joachim Scholtyseck/Christoph Stoldt. München 2011, S. 137–153, hier S. 150.

66 Vermerk des bundesdeutschen Botschafters in London über das Gespräch von Bundesaußenminister Genscher mit der britischen Premierministerin Thatcher am 29.11.1989. In: Andreas Hilger (Hrsg.): *Diplomatie für die deutsche Einheit. Dokumente des Auswärtigen Amts zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90*. München 2011, S. 49–55, hier S. 55.

67 Genscher: *Erinnerungen* (wie Anm. 64), S. 145 u. 448.

68 Bierganns: *Geistige Nachrüstung* (wie Anm. 60), S. 182.

69 Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan in Washington, 7.5.1984 (vertraulich). In: AAPD 1984, Dok. 128, S. 617. Vgl. Genscher: *Erinnerungen* (wie Anm. 64), S. 528.

70 Von Bressendorf: *Frieden durch Kommunikation* (wie Anm. 55), S. 89–98.

71 Vgl. grundsätzlich Hermann Wentker: *Die Deutschen und Gorbatschow. Der Gorbatschow-Diskurs im doppelten Deutschland 1985–1991*. Berlin 2020, bes. S. 65–82.

72 Gespräch des Bundesministers Genscher mit Staatspräsident Mitterand in Paris, 6.2.1987 (vertraulich). In: AAPD 1987, Dok. 26, S. 123. Vgl. Hans-Dietrich Genscher: *Unterwegs zur Einheit. Reden und Dokumente aus bewegter Zeit*. Berlin 1991, S. 150.

73 Genscher: *Erinnerungen* (wie Anm. 64), S. 493–508, 507 f., 558.

74 Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt, Ministerrat 25.11.1987. In: AAPD 1987, Dok. 340, S. 1733, 1739 f.

ternative Friedensideen⁷⁵ und das „Weltflüchtlingsproblem“, das Genscher 1980 bis auf die Bühne der Vereinten Nationen brachte,⁷⁶ verschränkten sich mit den traditionellen Sicherheitsüberlegungen im nuklearen Zeitalter, weil Fluchtphänomene als wesentliche Elemente politischer Destabilisierung betrachtet wurden. Wenn der Westen nicht die Menschenrechtsaspekte stärker beachte, so lautete das Argument der westdeutschen Liberalen, würde dies den sozialistischen Staaten in die Hände spielen. Die zunehmende Empörung über die Apartheidpolitik in Südafrika war für Liberale beispielsweise ein Grund, verstärkt auf ein Ende der Rassentrennung und die Beachtung der Menschenrechte zu drängen.

Wurde mit dieser besonderen Beachtung von Fluchtproblematik und Menschenrechten, so naheliegend das angesichts des KSZE-Prozesses sein mochte, aber nicht das eigentliche, den Konflikten zugrundeliegende Problem, nämlich die Systemkonkurrenz sowie die Aggressivität der Sowjetunion und ihrer Bündnispartner vernachlässigt oder gar ignoriert?⁷⁷ Die aus dem Boden schießenden „Graswurzelbewegungen“ waren allerdings angesichts der Zwänge der Bündnisysteme kaum in der Lage, grundsätzliche Allianzenentscheidungen, in denen es um Krieg und Frieden ging, wesentlich zu beeinflussen.⁷⁸ Der über den NATO-Doppelbeschluss ausgetragene Konflikt endete mit der Niederlage der westlichen Stationierungsgegner. Ihr Aktivismus spielte weder für das Ende des Kalten Krieges noch den Zusammenbruch der Sowjetunion eine wesentliche Rolle.⁷⁹ Der „Verlust des Willens“ zur imperialen Herrschaft war der entscheidende Grund für den Nieder- und Untergang der Sowjetunion.⁸⁰ Ideologische Arroganz, so haben Kenner der

75 Elke Seefried: Globale Sicherheit. Die Wurzeln des politischen Nachhaltigkeitsdiskurses und die Wahrnehmung globaler Interdependenz der 1970er und 1980er Jahre. In: Christoph Kampmann u.a. (Hrsg.): „Security turns its eye exclusively to the future.“ Zum Verhältnis von Sicherheit und Zukunft in der Geschichte. Baden-Baden 2018, S. 353–387.

76 Vgl. den Beitrag von Bressensdorf in diesem Band sowie Anna Mazurkiewicz (Hrsg.): East Central European Migrations during the Cold War. München 2019.

77 Joachim Scholtz: The United States, Europe, and the NATO Dual Track-Decision. In: Matthias Schultz/Thomas A. Schwartz (Hrsg.): The Strained Alliance. U.S.-European Relations from Nixon to Carter. New York 2010, S. 333–352.

78 Kristina Spohr: Bundesdeutsche außenpolitische Rollen in der Ära Schmidt/Kohl. In: Klaus Brummer/Friedrich Kießling (Hrsg.): Zivilmacht Bundesrepublik? Bundesdeutsche außenpolitische Rollen vor und nach 1989 aus politik- und geschichtswissenschaftlichen Perspektiven. Baden-Baden 2020, S. 157–186; Rödder: Sicherheitspolitik (wie Anm. 56); Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker: Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Einleitende Überlegungen zum Historischen Ort des NATO-Doppelbeschlusses von 1979. In: Gassert u.a. (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg (wie Anm. 52), S. 7–29, bes. S. 18.

79 David Cortright: Peace Works: The Citizen's Role in Ending the Cold War. Boulder 1993; Benjamin Ziemann: Situating Peace Movements in the Political Culture of the Cold War. In: Ders.: Peace Movements in Western Europe, Japan and the USA during the Cold War. Essen 2008, S. 11–38.

80 Hannes Adomeit: Imperial Overstretch. Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev. Baden-Baden 1998, S. 273.

Kreml-Politik diesen Vorgang beschrieben, „pushed the USSR down the road to economic overextension and, ultimately, imperial fatigue and decay“,⁸¹ nicht etwa die KSZE oder die Vereinten Nationen, auf die viele Liberale ihre Hoffnung gesetzt hatten. Fast alle Akteure hatten aber die Wirkung unterschätzt, die der KSZE-Prozess im Ostblock in den nächsten 15 Jahren entfalten sollte – Erich Mielke und die Stasi einmal ausgenommen.

Es gehört zu den Konsequenzen der Détente, dass die Entspannungspolitik bei den Menschen in den Staaten des östlichen Bündnisses Freiheitserwartungen weckte, die deren Machthaber nicht erfüllen konnten.⁸² Die DDR, die niemals das Odium eines illegitimen Kunststaates losgeworden war, ging 1990 sang- und klanglos unter, weil die UdSSR nicht mehr in der Lage gewesen war, ihre Existenz wie bislang zu garantieren und zu sichern. Dieser Kollaps erfolgte weitgehend unabhängig vom Widerstand gegen das SED-Regime, den Montagsdemonstrationen und ebenso unabhängig von KSZE-Diskursen und den westlichen Hinweisen auf die Verletzung der Menschenrechte.⁸³ Obwohl Historiker gerne darauf verweisen, dass sich Geschichte in der Regel nicht im Schwarz-Weiß, sondern in den von Thomas Nipperdey beschriebenen Graustufen abspielt,⁸⁴ war der Kalte Krieg eine ideologische Auseinandersetzung gewesen, in der sich Demokratien – trotz all ihren Schwächen – gegenüber einem menschenverachtenden System kommunistischer Diktaturen durchgesetzt hatten.⁸⁵

Das lenkt auf die Eingangsfrage zurück, welche Wirkung die liberale Außenpolitik in der Zeit der Détente gehabt hatte. Ob diese Entspannungspolitik als erfolgreiches Modell bezeichnet werden kann, ist bekanntlich immer noch höchst umstritten, ebenso wie die Frage, ob man überhaupt von einem „Zweiten Kalten Krieg“ sprechen kann, denn der angebliche „Erste Kalte Krieg“ war schließlich niemals beendet worden. Die Jahre der „Entspan-

81 Vladislav Zubok/Constantine Pleshakov: Inside the Kremlin's Cold War. From Stalin to Khrushchev. Cambridge (MA) 1996, S. 282. Vgl. Melvyn Leffler: Bringing it Together. The Parts and the Whole. In: Westad (Hrsg.): Reviewing (wie Anm. 14), S. 43–63, hier S. 45.

82 Hanhimäki: Ironies and Turning Points (wie Anm. 15), S. 330–338.

83 Joachim Scholtyseck: Handlungsbedingungen bürgerlicher Opposition in totalitären Staaten. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 18 (2006), S. 187–202; ders.: GDR Dissidents and Human Rights Issues. In: Vladimir Bilandzic u.a. (Hrsg.): From Helsinki to Belgrade. The First CSCE Follow-up Meeting and the Crisis of Détente. Göttingen 2012, S. 285–304.

84 Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie. München 1992, S. 905.

85 Gaddis: We Now Know (wie Anm. 1), S. 286; ders.: On Moral Equivalency and Cold War History. In: Ethics & International Affairs 10 (1996), S. 131–148; die entgegengesetzte Sichtweise bei Leo P. Ribuffo: Moral Judgements and the Cold War. Reflections on Reinhold Niebuhr, William Appleman Williams, and John Lewis Gaddis. In: Ellen Schrecker (Hrsg.): Cold War Triumphalism. The Misuse of History After the Fall of Communism. New York 2004, S. 27–70.

nung“ hatten nur eine Atempause im Wettrüsten dargestellt, aber zumindest hatten sie eine atomare Katastrophe „noch eine Spur unwahrscheinlicher als zuvor“ gemacht.⁸⁶ War der liberale Dialog mit den Staaten der „Dritten Welt“ über die Blockgrenzen hinweg Menschenrechts- und Nachhaltigkeitspolitik, oder handelte es sich, ob intendiert oder nicht, um klassisch-traditionelle Machtpolitik?⁸⁷ Faktisch waren die Debatten ein ziemliches Potpourri mit hohen Beimengungen von „Hard power“ zur „Soft power“, wie es im Herbst des Kalten Krieges wohl auch gar nicht anders zu erwarten war. Liberale Außenpolitik in der Zeit der Détente war im Kern „Pragmatismus der Nachkriegszeit“,⁸⁸ also die strikte Ablehnung dogmatischer, utopischer und heilsversprechender Lösungen. Weil aber Ralf Dahrendorf darauf hingewiesen hat, dass die Berufung auf die Prinzipien des Liberalismus zu den „kalte(n) Projekte(n)“ gehört, die „den Menschen weder Identität noch einen Sinn der Zugehörigkeit“ geben,⁸⁹ war es in den Jahren, in denen die Détente in die Agonie fiel, sinnvoll, die aktuellen Menschenrechtsdebatten ins Feld zu führen und den Kalten Krieg damit gleichsam zu veredeln. Ohne dass die Liberalen das wirklich vorhersehen konnten, lagen sie mit dieser Schwerpunktsetzung, dem Kampf um die „hearts and minds“, ganz richtig. Der Kalte Krieg war wenige Jahre später ohne den befürchteten großen Knall für das westliche Bündnis und das westliche Wertesystem erfolgreich beendet. Die mannigfachen Probleme von Nachhaltigkeit, Vertreibungen, Migration und Sicherheit bewegen die Welt hingegen noch heute, auch ohne den Eisernen Vorhang und die Ost-West-Konfrontation des 20. Jahrhunderts.

86 Klaus Hildebrand: Der Kalte Krieg als Détente. Die Phänomenologie der Staatenwelt während der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts. In: Karl Dietrich Bracher (Hrsg.): Politik, Geschichte und Kultur. Wissenschaft in Verantwortung für die res publica. Festschrift für Manfred Funke zum 70. Geburtstag. Bonn 2009, S. 111–125, hier S. 125.

87 Werner Link: Die außenpolitische Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland. Überlegungen zur innerstaatlichen Struktur und Perzeption des internationalen Bedingungsfeldes. In: Manfred Funke u.a. (Hrsg.): Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Bonn 1987, S. 400–416, hier S. 410.

88 Gall: Liberalismus (wie Anm. 28), S. 46.

89 Ralf Dahrendorf: Freiheit und soziale Bindungen. Anmerkungen zur Struktur einer Argumentation. In: Krzysztof Michalski (Hrsg.): Die liberale Gesellschaft. Stuttgart 1993, S. 11–20, hier S. 11.

